



**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V. (CSU)
auf die Fragen von
LSVD Bayern (Lesben- und Schwulenverband in
Bayern e.V.)**

1. Werden Sie dafür sorgen, dass in der nächsten Legislaturperiode, auf Basis eines zivilgesellschaftlichen Entwurfs, ein umfangreicher ressortübergreifender Aktionsplan für LSBTIQ beschlossen, mit der Zivilgesellschaft umgesetzt und ausreichend sowie langfristig finanziell im Haushalt untersetzt wird?

Das CSU-geführte Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hat am 14. Juni 2023 den „Aktionsplan QUEER. Miteinander stärken. Diskriminierung überwinden“ vorgestellt. Der Aktionsplan sendet das klare Zeichen aus, dass ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes sowie diskriminierungsfreies Leben für alle Menschen in Bayern, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, garantiert sein muss. Seit 2021 unterstützt der Freistaat Bayern bereits das „Queere Netzwerk Bayern“, welches die wichtigsten Akteure vernetzt und Beratungen sowie Fortbildungen anbietet. Die Mittel für LSBTIQ-Maßnahmen wurden für das laufende Jahr auf 700.000 Euro aufgestockt. Weitere Zuwendungen werden im kommenden Jahr folgen. Wir stehen dazu: Leben und leben lassen, lieben, wen man liebt, und jeder darf leben und glücklich werden nach seiner Façon.

2. Wie wollen Sie queerfeindlicher Gewalt effektiver entgegenwirken und werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bayern ein Landesantidiskriminierungsgesetz bekommt, sowie die Verfassung um den Artikel 118b erweitert wird, der Diskriminierung aufgrund der sexuellen/geschlechtlichen Identität untersagt?

Der Aktionsplan QUEER unterstützt präventive Maßnahmen zur Gewaltbekämpfung. Bayernweit sollen Beratungsstrukturen, Sensibilisierungsmaßnahmen, aber auch Anlaufstellen für Opfer von Gewalt ausgebaut werden. Indem wir uns gegen Diskriminierung und Hass stellen, schützen wir LSBTIQ-Personen. Eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Gewalt gegen queere Mitglieder unserer Gesellschaft nimmt die Landespolizei ein. Unsere Polizei ist Garant für die öffentliche Sicherheit und sorgt für Prävention und Deeskalation. Es ist daher gut und richtig, dass die Polizei in den vergangenen Jahren vermehrt für queer-feindliche Straftaten sensibilisiert wurde, so dass diese zuverlässig erkannt werden. Bereits jetzt ist in Bayern das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, geringer als anderswo. Wir stehen dafür ein, dass dieser polizeiliche Schutzschirm selbstverständlich auch über Mitglieder der LSBTIQ-Community gespannt bleibt.

3. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

Grundsätzlich stehen die Leistungen der assistierten Reproduktion auch LSBTIQ-Personen zur Verfügung. Die Kriterien sind hierbei unabhängig von der sexuellen Orientierung oder Identifikation allgemeingültig. Darüber hinaus erkennen wir derzeit keinen Handlungsbedarf.

4. Wie wollen Sie eine verpflichtende Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und einen Ausbau queerer Bildungsarbeit in der Schul- und Erwachsenenbildung sicherstellen, beispielsweise in Form einer Landeskoordinierungsstelle?

Für den Aktionsplan QUEER werden zwei neue Koordinierungsstellen geschaffen. Diese unterstützen bei der Strukturierung der Angebote. Mit Hilfe der Weiter- und Fortbildung von Fachkräften schaffen wir zunehmend ein Bewusstsein für die Herausforderungen sich bekennender LSBTIQ-Personen.

5. Wie wollen Sie LSBTIQ*-Geflüchtete in ganz Bayern vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen und befürworten Sie einen Ausbau LSBTIQ*-spezifischer Landesunterkünfte sowie eine Überarbeitung des Landesgewaltschutzkonzepts?

Für die Unterbringung von Asylsuchenden in Bayern gilt das Bayerische Schutzkonzept, in dem LSBTIQ-Personen in besonderer Weise berücksichtigt werden. Für diese Gruppe steht im Bedarfsfall eine gesonderte Unterbringungsmöglichkeit zur Verfügung. Oftmals war die sexuelle Orientierung bzw. die geschlechtliche Identität eine ausschlaggebende Fluchtursache. Es ist daher von großer Bedeutung, den betroffenen Personen einen geeigneten Schutzraum in Bayern zu bieten. Bei der Aufnahme von Asylsuchenden achten wir darauf, dass zum einen gesellschaftliche Leitbilder als auch geltendes Recht vermittelt wird. Für LSBTIQ-Personen werden entsprechende Beratungsangebote vermittelt. Mit dem Aktionsplan QUEER verbinden wir weitere Fortschritte in diesem Bereich.

6. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTIQ* flächendeckend bedarfsgerechte Unterstützungs- und Beratungsangebote erhalten, diese finanziell besser ausgestattet und insbesondere trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Jugendliche im Aufwachsen gestärkt werden?

Der Aktionsplan QUEER legt einen neuen Schwerpunkt auf die Qualitätssicherung der Beratungsangebote. Mithilfe des Queeren Netzwerks schaffen wir - nicht nur in den Städten - sondern in der Fläche geeignete Beratungsangebote für betroffene Personen. Wir sehen es als absolut notwendig an, dass Jugendlichen, die sich ihrem biologischen Geschlecht nicht zugehörig fühlen, ärztliche sowie psychologische Betreuung zur Seite gestellt wird.

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) sowie im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks (BR) in der neuen Legislaturperiode jeweils eine LSBTIQ*-Selbstvertretung gibt?

Die Zusammensetzung des Medienrates und des Rundfunkrates wird erneut zum Ende des Jahres 2024 durch die Staatsregierung geprüft. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es daher noch nicht möglich, eine fundierte Aussage über die Zusammensetzung der beiden Gremien zu treffen.

8. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für LSBTIQ* in Bayern zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Gesundheitspersonal zu sensibilisieren, sowie Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Über den Aktionsplan QUEER und das Queere Netzwerk Bayern und die damit einhergehende Strukturierung von Beratungsangeboten erwarten wir uns eine Verbesserung der Leistungen. Indem wir einen neuen Schwerpunkt auf die Qualitätssicherung dieser Angebote setzen, stärken wir das Angebot für betroffene Menschen. Insbesondere notwendig erscheint dies hinsichtlich der Reformpläne der Ampel-Regierung, welche die ärztliche Begutachtung betroffener Personen streichen möchte. Durch den Wegfall der medizinischen Betreuung befürchten wir eine Verschlechterung der Versorgungsleistung, insbesondere für Minderjährige und Heranwachsende.